

Inhaltsverzeichnis

A. Parteien: der formal-juristische Ausgangspunkt	11
B. Privilegien der Macht	12
I. Staatliche Zweige der Parteien: Finanzexplosion der Fraktionen, Abgeordnetenmitarbeiter und Parteistiftungen	12
1. Staatsfinanzierung der Fraktionen: vervierhundertfünfzigfach	12
2. 10.000 Abgeordnetenmitarbeiter	13
3. Parteistiftungen: über 300 Millionen Euro	15
4. Kontrolldefizite bei scheinbar grenzenlosem Bedarf	16
a) Selbstbewilligung – leicht gemacht	16
b) Instrumente des Machterhalts	16
c) Parteien: Opfer oder Täter?	17
5. Auf der Überholspur: die Parteien im Parlament	17
6. Unzureichende Verwendungskontrolle	18
a) Auch hier: Entscheidung des Parlaments in eigener Sache	18
b) Verfassungswidrige Extra-Diäten	19
7. Exkurs: Parlamentsverwaltungen	19
II. Weitere Privilegien der Macht	20
1. Ämterpatronage	20
2. Bestimmung der Abgeordneten	22
3. Ochsentour, Verbeamtung der Parteien und Parlamente	22
4. Ausschluss von Konkurrenz	23
III. Privilegien ohne Funktion?	24
C. Verlagerung von Aufgaben der Parteien auf ihre potenten staatlichen Zweige	25
I. Funktionale Äquivalente zur Parteienfinanzierung	25
1. Aufgabenverlagerung	25
2. Fälle anerkannter Rechtswidrigkeit	27
3. Parteisteuern	28
II. Bestätigung der Verlagerung durch die historische Entwicklung	30
III. Exkurs: Parteien in der Regierung	31
IV. Ämterpatronage, Beckett-Effekt und Gemeinwohlbindung	33
D. Auf dem Weg zu Staatsparteien	35
I. Der Wandel der Parteien: die politikwissenschaftliche party-change-Forschung	35

II. Erweiterung des Begriffs: Parteien im materiellen Sinne	38
III. Umfragen und Medien als Ersatz?	39
IV. Reanimation der Parteibasis?	40
V. Politikwissenschaft und Staatsrechtslehre: unterschiedliche Sichtweisen und Erkenntnisinteressen	40
VI. Parteien im Parlament: zwischen allen Stühlen	42
E. Beurteilungsmaßstäbe	44
I. Der rechtswissenschaftliche Ansatz	44
II. Öffentlichkeit	45
III. Missbrauchsverbot und Gemeinwohlgebot	46
IV. Freiheit vom Staat bzw. Bürgernähe	47
1. Der missverständliche Grundsatz	47
2. Relative Obergrenze	48
3. Absolute Obergrenze	48
4. Gesellschaftsnahe Ausgestaltung der Staatsfinanzierung	49
5. Innere Demokratie	50
V. Politische Gleichheit der Bürger und Abgeordneten sowie Chancengleich- heit der Parteien	50
1. Der Grundsatz	50
2. Gleichheit der Diäten	51
3. Die Schwelle von 0,5 bzw. 1 Prozent für die Beteiligung an der staat- lichen Parteienfinanzierung	51
4. Die Beteiligung sämtlicher Parteien an der steuerlichen Begünstigung von Beiträgen und Spenden	52
5. Beteiligung unabhängiger Kandidaten an der Staatsfinanzierung	53
6. Fünf-Prozent-Klausel im Kommunalwahlrecht: verfassungswidrig	53
7. Chancengleichheit bei der Ämterbesetzung	54
F. Zuschneidung der Maßstäbe auf die Parteien im Parlament und ihre außerparlamentarischen Konkurrenten	56
I. Das explosive Wachstum: Mutter der Probleme	56
II. Bisher keine Anwendung der Maßstäbe	56
1. Öffentlichkeit	57
2. Bürgernähe	58
3. Chancengleichheit	59
a) Ausschluss kleiner Konkurrenzparteien	59
b) Bevorzugung von Abgeordneten im innerparteilichen Wettbewerb ..	60
III. Verfassungsrechtliche Konsequenzen für die Parteien im Parlament	60
1. Öffentlichkeit	60
a) Bewilligung für Fraktionen und Parteistiftungen	60
b) Abgeordnetenmitarbeiter	62

c) Rechenschaft über die Verwendung	63
2. Missbrauchsverbot und Gemeinwohlgebot	63
3. Bürgernähe	65
a) Absolute Obergrenze	65
b) Relative Obergrenze	66
4. Zwischenergebnis	68
5. Wettbewerbsverzerrungen	69
IV. Kontrollinstanzen	69
1. Die Durchsetzungsfrage	69
2. Das Volk selbst	70
3. Verfassungsgerichte: wer ist befugt, zu klagen?	70
4. Rechnungshöfe	73
G. Zusammenfassung	74
Anhang	77
Tabelle 1: Zahlungen an Abgeordnetenmitarbeiter des Bundes 1969–2011	78
Tabelle 2: Zahl der Abgeordnetenmitarbeiter in Bund und Ländern Ende Dezember 2010	80
Tabelle 3: Zahlungen an Abgeordnetenmitarbeiter in Bayern 1981–2011	81
Tabelle 4: Bezahlung von Abgeordnetenmitarbeitern in Bund und Ländern 2010 (Globalbewilligungen)	83
Tabelle 5: Zahlungen an Abgeordnetenmitarbeiter in Nordrhein-Westfalen 1979–2011	84
Tabelle 6: Abgeordnetenmitarbeiter. Gesetze und Richtlinien	86
Tabelle 7: Fraktionsfinanzierung 2010. Vergleich von Ländern mit und ohne gesetzliche Nennung der Höhe	88
Literaturverzeichnis	89